

Absender Name, Vorname Straße, Nr. PLZ, Ort	Eingangsvermerk/-stempel (wird von Behörde ausgefüllt)
	Aktenzeichen (wird von Behörde ausgefüllt)

Antrag auf Gewährung auf Sozialhilfe

bekannt geworden:

Hilfe zum Lebensunterhalt (Drittes Kapitel SGB XII)

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Viertes Kapitel SGB XII)

sonstige Leistungen der Sozialhilfe - u.a. Hilfe zur Pflege (Fünftes, Siebtes bis Neuntes Kapitel SGB XII)

Begründung der Antragstellung, Ursache der Notlage:

Persönliche Verhältnisse:	des Hilfesuchenden	des Ehegatten
Name (ggfs. Geburtsname)		
Vorname		
Geburtsdatum		
Geburtsort/Kreis		
Familienstand	ledig verheiratet	verwitwet getrennt lebend
Staatsangehörigkeit		geschieden, (Urteil beigefügt) seit:
Wohnanschrift (PLZ, Ort, Ortsteil, Straße, Hausnummer)		
Betreuer(in)/Bevollmächtigte(r) Vor- und Zuname, Anschrift		
	Betreuerausweis/Vollmacht beifügen!	Betreuerausweis/Vollmacht beifügen!
Behindertenausweis vorhanden?	ja nein	ja nein
Grad der Behinderung/Merkzeichen	gültig bis:	gültig bis:
Wurde ein Behindertenausweis beantragt, wenn ja wann?	ja nein am:	ja nein am:
Liegt eine Blindheit vor?	ja nein	ja nein
Pflegegrad seit wann?	ja nein	ja nein
Leistungszuschlag ab 01.01.2022		
derzeit Mitglied welcher Kranken- / Pflegekasse ?		
Mitgliedsnummer der Krankenkasse		
Identifikationsnummer		
Rentenversicherungsnummer		

Datum

Antragsteller

Ehegatte

Betreuer/Bevollmächtigter

Einkommensverhältnisse des Hilfesuchenden und der im Haushalt lebenden Personen

(Nachweise über Art und Höhe der Einkünfte, z.B. Verdienstbescheinigung, Rentenbescheide, Rentenablehnungsbescheide bzw. Bescheid/Mitteilung über die Prüfung des Grundrentenzuschlages sowie über die sonstigen Sozialleistungen sind beizufügen!, Rentenhöhe ist als Nettobetrag anzugeben!)

Art des Einkommens	Antragsteller ?		Ehegatte ?		Sonstige Haushaltsmitglieder / Name									
	ja	nein	ja	nein										
Arbeitsentgelt														
Altersrente														
Hinterbliebenenrente														
Unfallrente														
Rente wegen voller Erwerbsminderung														
Renten nach BVG (Grundrente, Ausgleichsrente)														
Sonstige Renten (u. a. Riester-, Pflege-, Zusatz-, Betriebsrente)														
Pension														
Einkommen aus Vermögen (Zinsen; Dividenden)														
Leistungen Agentur für Arbeit/Jobcenter (wtl. Leistungen:ALG, ALG II)														
Kindergeld														
Kranken-/Pflegegeld														
Unterhaltszahlungen														
Pacht-/Mieteinnahmen														
sonstige Einnahmen														
Grundrentenzuschlag geprüft durch Rententräger	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein
Wartezeit erfüllt	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein
Erwerbsminderungsrentenzuschlag geprüft durch Rententräger	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein
Voraussetzung erfüllt	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein
Höhe des Zuschlages														

Wohnverhältnisse

Der Hilfesuchende bewohnt ein:	Einzelzimmer	Doppelzimmer	Komfortzimmer
Es handelt sich um einen	geförderter Wohnbereich	ungeförderter Wohnbereich	(wenn zutreffend!)
Größe des Zimmers in qm:			
Wird Wohngeld für Heimbewohner bereits bezogen?	ja	nein	
Höhe des mtl. Wohngeldes in €			
Wurde Wohngeld beantragt?	nein	ja	wenn ja, wann

Datum

Antragsteller

Ehegatte

Betreuer/Bevollmächtigter

Sonstiges

Mitglied einer Hausratversicherung:	nein ja, welcher Beitragshöhe in € Zahlungsweise:
Mitglied einer Lebensversicherung:	nein ja, welcher Höhe der Versicherungssumme in: aktueller Rückkaufswert in €: Bezugsperson im Erlebensfall
Mitglied einer Sterbeversicherung:	nein ja, welcher Höhe der Versicherungssumme in: aktueller Rückkaufswert in €: Bezugsperson im Todesfall
Haben Sie einen Anspruch nach dem Gesetz zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts aufgrund eines schädigenden Ereignisses (Gewalttaten, Kriegsauswirkungen beider Weltkriege, Ereignisse im Zusammenhang mit der Ableistung des Zivildienstes, Schutzimpfungen oder andere Maßnahmen der spezifischen Prophylaxe)	ja nein
Ist ein naher Angehöriger bzw. Partner an den vorgenannten Schädigungsfolgen verstorben?	ja nein
Falls ja: Name, Geburtsdatum, wann und wo verstorben	
Wurde ein Antrag nach dem Gesetz zur Regelung des Sozialen Entschädigungsrechts abgelehnt? Wenn ja, wann und warum?	ja nein
Bestehen Ansprüche aus:	Anteilsverträgen ja nein Erbensprüche ja nein Leibrentenverträgen ja nein Überlassungs- ja nein Verkaufsverträgen ja nein verträgen

Nicht geklärte Ansprüche

Glaubt der Hilfesuchende oder sein Ehegatte, weitere noch nicht entschiedene Ansprüche zu haben, aus denen er noch keine Leistungen erhält? z.B.:	aus dem Lastenausgleich der Sozialversicherung als Geschädigter nach dem SGB XIV aus Unfall aus Krankheit aus anderem Rechtsgrund, nämlich: bestehen nicht
---	--

Vertraglich gesicherte Ansprüche

Ich und meine im Haushalt lebenden Angehörigen	haben keine vertraglich gesicherten Ansprüche gegen Dritte. haben folgende vertraglich gesicherten Ansprüche gegen Dritte (z.B. Mietkaution, AWG-Anteile, Wohnrecht, Anspruch auf Wartung und Pflege - Vertrag ist beizufügen)
--	---

Datum

Antragsteller

Ehegatte

Betreuer/Bevollmächtigter

Unterhaltspflichtige Personen außerhalb des Haushaltes (Kinder, Eltern getrennt lebende/geschiedene Ehepartner)

	1	2	3	4
Name				
Vorname				
Geburtsdatum				
Geburtsort				
Familienstand				
Verwandtschaftsverhältnis zum Antragsteller				
PLZ / Wohnort				
Straße / Nummer				
derzeitig ausgeübte Tätigkeit				
Jahreseinkommen über 100.000 Euro	ja nein	ja nein	ja nein	ja nein

Zusätzliche Angaben:

Wurde bereits früher Sozialhilfe bezogen?	ja nein
Falls ja, von welcher Behörde?	
Wann, woher und aus welchem Grund sind Sie hier zugezogen?	
Bei Übertritt aus dem Ausland - Tag und Ort des Grenzübertrittes	
Hat der Hilfesuchende während der letzten drei Jahre Leistungen aus öffentl. Mitteln erhalten? (z.B. ALG, Alhi, Renten, Unterhaltshilfen nach dem LAG, Versorgungsbezüge nach dem BVG)	ja nein
Wenn ja, Art der Bezüge, zahlende Stelle	
Weitere notwendige Angaben bei Heimunterbringung:	
Anschrift vor der Heimaufnahme der letzten 2 Monate	
Wann und wo erfolgte erstmals der Eintritt in ein Heim?	
Wer war der bisherige Kostenträger (u. a. Pflegekasse, Selbstzahler)?	
Bezeichnung und Ort der Pflegeeinrichtung	
Wo und bis wann war der Hilfesuchende zuletzt in einer Anstalt oder Heim?	

Datum

Antragsteller

Ehegatte

Betreuer/Bevollmächtigter

Vermögensverhältnisse

Wurden Vermögenswerte (z.B. Haus- oder Grundbesitz, Barvermögen, Wertpapiere usw.) in den letzten 10 Jahren veräußert, übergeben oder verschenkt?	nein ja und zwar: (Zeitpunkt, Anlass, Art, Höhe und Empfänger angeben!)
---	--

Art des vorhandenen Vermögens:

	Hilfesuchender in ?€	Ehegatte in ?€	Haushaltsangehöriger in ?€
Bargeld			
Heim- bzw. Verwahrgeldkonto			
Bankguthaben (Girokonto u.ä.)			
IBAN	BIC		
Sparbuch			
IBAN/Nr. - Geldinstitut			
Bausparvertrag			
IBAN/Nr. - Geldinstitut			
Bestattungsvorsorge			
Bestattungsinstitut			
Wann erfolgte der Abschluss?			
Sterbe- oder Lebensversicherungen			
Art			
Versicherungsgesellschaft			
Haus- und Grundbesitz			
Verkehrswert (akutelles Gutachten ist vorzulegen!)			
Gemarkung/Flur/Flurstück			
aktuell verwertet?	ja nein	ja nein	ja nein
Sachwerte (z.B. Kunstgegenstände, Schmuckstücke, KFZ, usw. - Verkehrswert angeben!)			
Art des Vermögens			
Wert des Vermögens			
Aktien, Fonds, Wertpapiere			
Anzahl der Anlagen			
Wert aller Anlagen insgesamt			

Ich ermächtige und beauftrage das vorbezeichnete Kreditinstitut bzw. die Anstalt unter Befreiung vom Bankgeheimnis und den datenschutzrechtlichen Bestimmungen dem o. g. Sozialamt weitere Auskünfte, insbesondere über weitere bestehende Konten, den Kontostand und die Kontobewegungen aller Konten der letzten 6 Monate zu erteilen.

Datum

Antragsteller

Ehegatte

Betreuer/Bevollmächtigter

Wichtige Hinweise:

Sozialhilfe ist ein Teil der sozialen Sicherheit, die dem einzelnen Menschen zu gewähren ist, wenn er sich aus einer Notlage nicht selbst befreien kann oder die Hilfe von seinen Angehörigen bzw. von Dritten nicht erhält.

Er muss nach Kräften mitwirken, unabhängig von der Hilfe zu leben. Das bedeutet den Einsatz der Arbeitskraft um seinen Lebensunterhalt für sich und seine unterhaltspflichtigen Angehörigen zu erlangen. Neben der Arbeitskraft sind Einkommen und Vermögen vorrangig vor der Gewährung von Sozialhilfeleistungen einzusetzen. Wer Sozialhilfeleistungen beantragt oder erhält, hat gegenüber der Behörde die Pflicht zur Mitwirkung. Es sind alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind. Auf Verlangen der Behörde ist der Erteilung von erforderlichen Auskünften durch Dritte zuzustimmen. Alle Angaben sind durch Unterlagen, Urkunden oder durch sonstige Nachweise zu belegen. Jede Änderung in den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen, die für die Hilfeleistung erheblich sind, muss unverzüglich dem Sozialhilfeträger mitgeteilt werden. Die Unterlassung der Mitteilung von Änderungen in den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen an den Sozialhilfeträger führt dazu, dass die Hilfe zurückgefordert wird und der Hilfeempfänger mit einer Strafverfolgung zu rechnen hat.

Mitwirkung:

- Beibringen von Unterlagen bis zum gestellten Termin
- Einhaltung von Terminen
- Aufforderung zur amtsärztlichen Untersuchung folgen
- wenn Termine nicht eingehalten werden können - unbedingt Mitteilung an den Sachbearbeiter, bei Nichtmeldung bzw. Nichtwahrnehmung von Terminen entfällt die Hilfe bis zur Wiederholung bzw. Wahrnehmung des Termines
- wenn Termine längere Zeit - z.B. wegen Krankenhausaufenthalt oder Kur- nicht wahrgenommen werden können, kann Vertrauensperson ermächtigt werden, Voraussetzungen: Personalausweis des Bevollmächtigten, Angabe der Gründe für die Verhinderung, handschriftliche Vollmacht dem Hilfeempfänger vorlegen!
- sofortige Mitteilung jeder Veränderung im persönlichen und finanziellen Bereich (Nichtangabe bedeutet Betrug und wird entsprechend geahndet!)
- Leistungen sind immer vorher zu beantragen! (Wer beantragte Dinge besorgt, hat sich selbst geholfen und ist nicht mehr in einer Notsituation, Antrag wird hinfällig)
- Krankenversicherung: Mitgliedschaft von der Krankenkasse prüfen lassen (eventl. freiwillige Krankenversicherung oder Familienversicherung möglich, Fristen beachten! - Beiträge können innerhalb der Bedarfsberechnung berücksichtigt werden)
- wenn keine Krankenversicherung besteht, Vorlage des Ablehnungsbescheides von der Krankenkasse

Ein Verstoß gegen Ihre Mitwirkungspflichten könnte zur Versagung oder Kürzung der von Ihnen beantragten Leistungen führen!

Ich versichere, die Richtigkeit aller von mir gemachten Angaben. Mit ist bekannt, dass ich wegen wissentlich falscher oder unvollständiger Angaben strafrechtlich verfolgt werden kann und zu Unrecht erlangte Hilfe erstattungspflichtig bin. Mir ist auch bekannt, dass meine Ansprüche gegen Drittverpflichtete im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften auf den Träger der Hilfe übergeleitet werden können.

Der Antrag muss spätestens vier Wochen nach Ausreichung abgegeben werden. Spätere Abgabe ist unbedingt anzuzeigen. Über die Frist zur Antragsabgabe und der dazugehörigen Unterlagen wurde ich im Merkblatt zum Antrag informiert. Mir sind die Folgen verspäteter Abgabe oder fehlender Mitwirkung bekannt.

Das beiliegende Merkblatt bezüglich der Datenschutzverordnung gemäß Artikel 13 und 14 DSGVO habe ich erhalten und zur Kenntnis genommen. Einwände werden dazu nicht erhoben.

Datum

Antragsteller

Ehegatte

Betreuer/Bevollmächtigter
